

KfW Economic Research

# »» Studien und Materialien



KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2014  
Juli 2014



Bank aus Verantwortung

**KfW**

## **Impressum**

Herausgeber  
KfW Bankengruppe  
Palmengartenstraße 5-9  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon 069 7431-0  
Telefax 069 7431-2944

Redaktion:  
KfW Bankengruppe  
Abteilung Volkswirtschaft  
research@kfw.de

Dr. Mareike Köller  
Telefon 069 7431-3567

Dr. Klaus Borger  
Telefon 069 7431-2455

Dr. Elke Lüdemann  
Telefon 069 7431-2230

Dr. Martin Raschen  
Telefon 069 7431-2434

Dr. Volker Zimmermann  
Telefon 069 7431-3725

ISSN 2195-1926

Copyright Titelbild: KfW Bildarchiv / Angelika Kohlmeier

Frankfurt am Main, Juli 2014

Datenstand: Juni 2014

# KFW-NACHHALTIGKEITSINDIKATOR 2014

*Deutschland entwickelt sich nachhaltig – im Vergleich zum Vorjahr aber nur leicht beschleunigt. Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2014 verbessert sich in allen drei untersuchten Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt und zeigt einmal mehr, dass positive Entwicklungen in den drei Dimensionen sich nicht gegenseitig ausschließen müssen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Berichtsjahr 2013 liegen erneut über dem gleitenden Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Die gesellschaftliche Entwicklung übertrifft dabei noch einmal die seit 2009 ohnehin schon zu beobachtende positive Entwicklung. Die Umweltkomponente bleibt im zweiten Jahr in Folge hinter dem Anspruchsniveau zurück, allerdings weniger als noch im letzten Jahr.*

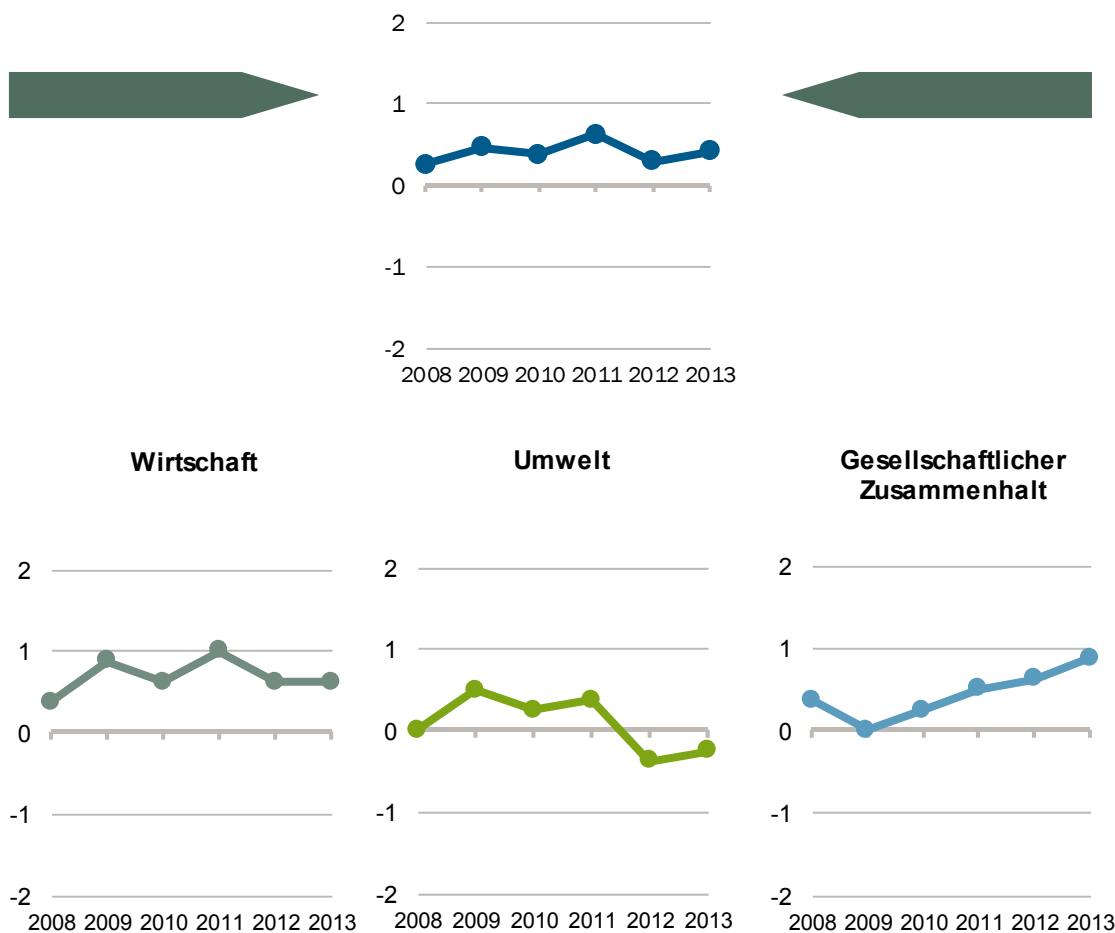
## **1. Das Wichtigste in Kürze**

Deutschland entwickelte sich auch 2013 nachhaltiger als in den Jahren zuvor. Alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zeigten eine gleichläufige, positive Entwicklung:

- In der Dimension Wirtschaft wird die Benchmark genauso stark übertroffen wie im Vorjahr.
- Die Umweltkomponente verbessert sich gegenüber 2012 leicht, bleibt aber erneut hinter dem Anspruchsniveau zurück; treibende Faktoren sind rückläufige Entwicklungen bei den Energiewendeindikatoren.
- In der Gesellschaft beschleunigt sich die positive Entwicklung der vergangenen Jahre noch einmal; der Indikator erreicht das beste Ergebnis seit Beginn der Berechnung des Nachhaltigkeitsindikators durch die KfW.

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre						
Nachhaltigkeitsdimension:	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Wirtschaft	0,4	0,9	0,6	1,0	0,6	0,6
Umwelt	0,0	0,5	0,3	0,4	-0,4	-0,3
Gesellschaftlicher Zusammenhalt	0,4	0,0	0,3	0,5	0,6	0,9
<b>Insgesamt</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,6</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>

### KfW-Nachhaltigkeitsindikator insgesamt



Quelle: KfW Bankengruppe

#### Grafik 1: KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2014 im Überblick

##### Dimension Wirtschaft anhaltend positiv trotz Investitionsschwäche

Die deutsche Wirtschaft erzielt 2013 trotz erneut schwachem Realwachstum wieder ein überdurchschnittlich gutes Nachhaltigkeitsergebnis. Die Benchmark wird mit 0,6 Punkten im Mittel aller acht Basisindikatoren bereits das sechste Jahr in Folge übertroffen. Allerdings gibt es Verschiebungen: Zwei wirtschaftliche Schlüsselthemen verbessern sich um einen Zähler (Humankapitalbildung, Staatsverschuldung) und kompensieren damit zwei gleich starke Verschlechterungen an anderer Stelle (Materieller Wohlstand, Sachkapitalbildung).

Vor allem die anhaltende Vernachlässigung des Kapitalstocks ist erschreckend. Mit nur 2,3 % fällt die Nettoinvestitionsquote 2013 auf den drittniedrigsten Wert seit Datenbeginn 1970. Das ist sogar zu wenig, um der nach vielen Jahren der Investitionsschwäche ohnehin völlig anspruchlosen Benchmark zu genügen (Score: -1). Demgegenüber erzielen die Innovationen dank einer weiteren Steigerung der FuE-Quote erneut die Bestbewertung. Genauso positiv zu bewerten ist, dass der Staat und die privaten Haushalte 4,93 % des BIP für Bildungszwecke ausgeben und damit mehr als 2012 (Score: +2).

Ein neues Allzeithoch gibt es am Arbeitsmarkt: 2013 beteiligen sich 53,7 % der Bevölkerung am Erwerbsleben (Score: +1). Dessen ungeachtet wächst der reale Pro-Kopf-Konsum im Zuge der konjunkturellen Flaute aber nur um 0,6 % und rutscht spürbar unter den Zehnjahresdurchschnitt (Score: -1). Die Staatsschuldenquote sinkt so stark, dass sich der Score um einen Zähler auf -1 verbessert. Wegen des niedrigen Zinsniveaus ist die Staatsschuld zurzeit ohnehin problemlos finanzierbar; die Zinslastquote fällt 2013 das fünfte Jahr in Folge auf ein neues gesamtdeutsches Tief.

### **Stockende Energiewende bremst die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt**

Die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt bleibt im Jahr 2013 im zweiten Jahr in Folge unterdurchschnittlich. Nachdem sie im Jahr 2012 mit einem Scorewert von -0,4 auf einem historischen Tiefpunkt lag, verbesserte sich ihr Score 2013, bleibt aber mit -0,3 weiter negativ.

Ausschlaggebend für die unterdurchschnittliche Entwicklung der Umweltdimension sind Schlüsselindikatoren der Energiewende: Der Energieverbrauch nahm insgesamt zu, die Energieproduktivität sank um 2 % (Score: -2), vor allem witterungsbedingt. Die Energieeffizienz ist noch nicht auf einem Niveau, um den Energiemehrbedarf in besonders kalten Wintern hinreichend abzufedern. Die Treibhausgasemissionen stiegen um 1,2 % aufgrund der zunehmenden Verstromung von Braun- und Steinkohle (Score: -1), zurückzuführen ist dies nicht zuletzt auf die weiterhin sehr niedrigen Preise für Zertifikate im EU-Emissionshandel. Aufgrund der hohen Ausbauraten bei Anlagen zur Stromerzeugung aus den Erneuerbaren in den letzten Jahren und der daraus resultierenden sehr ambitionierten Benchmark musste der bei 12,3 % stagnierende Anteil Erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch mit dem maximalen Minimalscore von -2 bewertet werden. Das ist in der Gesamtbewertung der Energiewende aber nicht nur negativ. Eine deutliche Beschleunigung des Erneuerbarenausbaus wird erst wieder sinnvoll im Rahmen einer verbesserten Synchronisierung mit dem Netzausbau und einer Flexibilisierung konventioneller Kraftwerke für die Bereitstellung von Regelernergie. Ferner ist nicht zu übersehen, dass zur Erreichung der Ziele der Bundesregierung in Bezug auf Treibhausgasemissionen und Energieeffizienz noch erhebliche zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind.

Bei der Rohstoffproduktivität und der Flächennutzung führten die weiter guten Entwicklungen zu überdurchschnittlichen Werten im Jahr 2013: Die Rohstoffproduktivität verbesserte sich um fast 4 % gegenüber dem Vorjahr (Score: +2). Der Flächenverbrauch sank um weitere 7 ha auf 74 ha / Tag (Score: +2). Trotz des verringerten Drucks auf die Flächen verschlechterte sich der Index zur Artenvielfalt weiter (Score: -2). Eine Erreichung des Ziels der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für das Jahr 2015 (Wiedererlangung des Bestandes des Jahres 1975 bei 51 Vogelarten) ist inzwischen als nicht mehr realistisch anzusehen.

### **Gute wirtschaftliche Entwicklung stärkt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Bei der Nachhaltigkeitsdimension „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ setzte sich der seit einigen Jahren erkennbare positive Trend im Jahr 2013 weiter fort. Die durchschnittliche Performance übertraf die der vorangegangenen zehn Jahre mit 0,9 deutlich. Wie schon in den Vorjahren ist die Entwicklung maßgeblich auf die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, die zu einer verbesserten wirtschaftlichen Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen führte. Der Anteil der Niedrigqualifizierten lag mit 23,8 % um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert (Score: +1), die Langzeitarbeitslosenquote als Maß für wirtschaftliche Teilhabe lag mit 2,5 % deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre (Score: +2). Lediglich beim Schlüsselthema Gesundheit zeigt sich eine anhaltende Verschlechterung: Der Score liegt hier unverändert bei -1, was auch auf die stetige Alterung der Bevölkerung zurückzuführen ist.

Verschiedene Indikatoren weisen auf eine positive Gesamtentwicklung des Gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Breite hin: Um drei Zähler verbessert hat sich aufgrund der geringeren Gewaltkriminalität das Schlüsselthema Sicherheit. Die Differenz zwischen der Arbeitslosenrate der Ausländer und der Gesamtbevölkerung bleibt mit 9 Prozentpunkten unter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre (Score: +1). Das individuell eingeschätzte Interesse für Politik entwickelt sich in den letzten Jahren positiv und übertrifft den Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre deutlich (Score: +1). Und auch der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen Deutschlands (ODA Quote) stieg auf 0,38 % im Jahr 2013 (Score: +1).

Diese positive Bewertung der Entwicklungen ist jedoch oft auch der vergangenheitsorientierten Bewertung geschuldet. Für die meisten der hier betrachteten Indikatoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts besteht trotz aller Fortschritte noch erheblicher Handlungsbedarf, will man die Politikziele der nationalen Europa 2020-Strategie und der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erreichen.

### Zur Interpretation des KfW-Nachhaltigkeitsindikators

Ausführliche Informationen zur Konstruktion des KfW-Nachhaltigkeitsindikators sind unter [www.kfw.de/nachhaltigkeitsindikator](http://www.kfw.de/nachhaltigkeitsindikator) abrufbar.

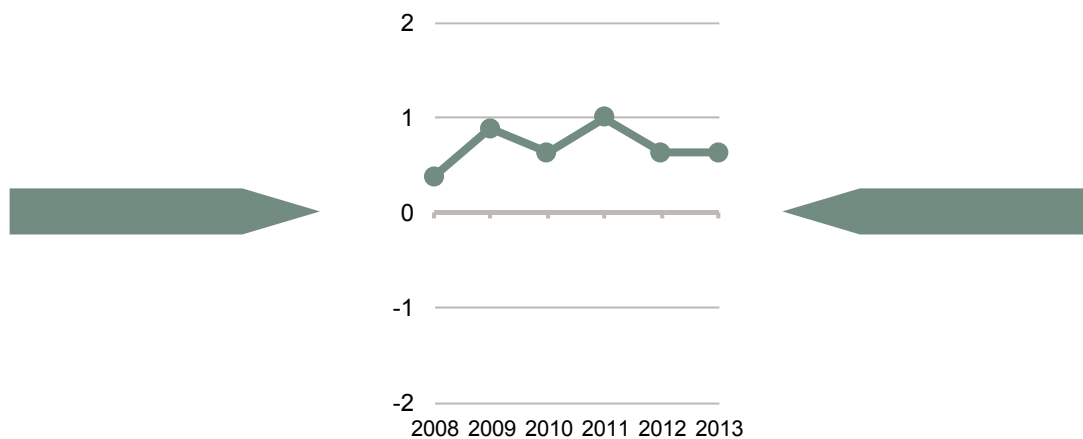
Bei der Interpretation des KfW-Nachhaltigkeitsindikators gilt:

- Die Verdichtung der Einzelinformationen hin zu einem Gesamtwert des KfW-Indikators erfolgt mittels eines Scoreverfahrens mit einer fünfwertigen Punkteskala mit -2 als Minimal- und +2 als Maximalergebnis.
- Ein Scorewert von Null signalisiert, dass das betrachtete System im Durchschnitt die Benchmark – definiert als Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – erreicht. Ein positiver Score weist darauf hin, dass die Benchmark übertroffen ( $0 < \text{Scorewert} \leq 1$ ) oder sogar stark übertroffen wird ( $1 < \text{Scorewert} \leq 2$ ), wohingegen ein negativer Scorewert anzeigt, dass die Benchmark verfehlt wurde – und zwar umso mehr, je näher der durchschnittliche Scorewert in dem betrachteten Bereich bei -2 liegt.
- Zur Ermittlung der Scores werden grundsätzlich die Werte der Basisindikatoren bis zum jeweiligen Berichtsjahr herangezogen. Endet eine Zeitreihe früher, wird der jeweils aktuellste verfügbare Wert hilfsweise herangezogen.

## 2. Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Erwerbsbeteiligung</b>						
Erwerbsquote	1	2	1	1	1	1
<b>Sachkapitalbildung</b>						
Nettoanlageinvestitionen	-1	-2	-1	0	0	-1
<b>Humankapitalbildung</b>						
Bildungsausgaben (VGR)	-1	2	2	2	1	2
<b>Innovationen</b>						
Forschungs- und Entwicklungsausgaben	1	2	2	2	2	2
<b>Materieller Wohlstand</b>						
Realer Konsum pro Kopf	1	1	1	2	0	-1
<b>Freizeit</b>						
Freizeit pro Erwerbstätigem	1	2	1	1	1	1
<b>Staatsverschuldung</b>						
Staatsschuldenquote	-1	-2	-2	-2	-2	-1
<b>Privatverschuldung</b>						
Privatschuldenquote	2	2	1	2	2	2
<b>Wirtschaft insgesamt</b>	<b>0,4</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>	<b>1,0</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>

### Wirtschaft insgesamt



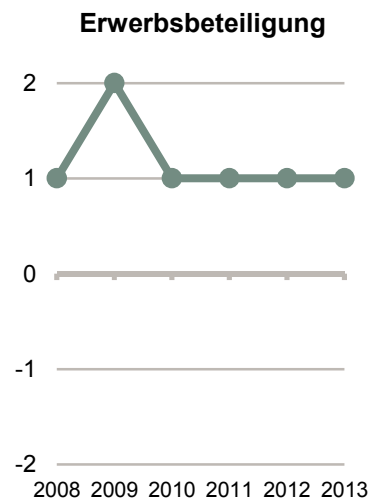
Quelle: KfW Bankengruppe

Die deutsche Wirtschaft erzielt 2013 trotz erneut schwachem Realwachstum wieder ein überdurchschnittlich gutes Nachhaltigkeitsergebnis. Die Benchmark wird mit 0,6 Punkten im Mittel aller acht Basisindikatoren bereits das sechste Jahr in Folge übertroffen. Allerdings gibt es Verschiebungen: Zwei wirtschaftliche Schlüsselthemen verbessern sich um einen Zähler (Humankapitalbildung, Staatsverschuldung) und kompensieren damit zwei gleich starke Verschlechterungen an anderer Stelle (Materieller Wohlstand, Sachkapitalbildung).



### Erwerbsbeteiligung

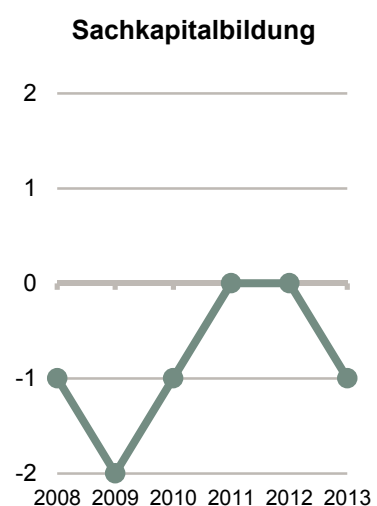
Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung kann nur gelingen, wenn ein hinreichend großer Teil der Bevölkerung wirtschaftlich aktiv ist. Die Erwerbsquote, also die Zahl der Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung, liegt 2013 bei 53,7 % und damit nochmals höher als 2012 (53,5 %). Dies ist ein neuer historischer Spitzenwert, der den von einem seit Mitte der 1990er-Jahre aufwärts gerichteten Trend geprägten und folglich zunehmend ambitionierten Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (52,8 %) deutlich übertrifft. Die Erwerbsbeteiligung wird deshalb wie schon in den beiden Vorjahren mit dem Positivscore von 1 bewertet. Zum Vergleich: Vor der Wiedervereinigung lag die Erwerbsquote in der alten Bundesrepublik trotz günstigerer Altersstruktur weit unter der Hälfte der Bevölkerung (46,3 % im Mittel der Jahre 1970 bis 1990).



Mittelfristig werden sich jedoch die Auswirkungen des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Mit einem deutlichen Rückgang der Erwerbsbevölkerung und dem Sinken der Erwerbsquote ist spätestens zu rechnen, wenn die Babyboomer Generation in den 2020er-Jahren ins Rentenalter eintritt. Damit das verringerte Arbeitsangebot mit einer erhöhten Erwerbsbeteiligung einhergeht, sind in den kommenden Jahren gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Erwerbsbevölkerung und Zuwanderung nötig.

### Sachkapitalbildung

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass die aktuelle Generation den vorgefundenen Kapitalstock nicht verbraucht, sondern möglichst ausbaut, um für künftige Generationen Vorsorge zu treffen. Die Investitionstätigkeit war in Deutschland über viele Jahre sehr schwach und hat sich seit dem schweren Rezessionsjahr 2009 kaum erholt. Wurden im Durchschnitt der 1990er-Jahre noch Nettoanlageinvestitionen in Höhe von 7,8 % des BIP getätigt (1970er-Jahre: 10,7 %, 1980er-Jahre: 6,5 %), so fällt die Nettoinvestitionsquote danach von 6,8 % im Jahr 2000 bis auf das historische Tief von 1,4 % im Jahr 2009. Aktuell werden trotz weiterhin äußerst günstiger Finanzierungsbedingungen nur 2,3 % des BIP netto in den Sachkapitalstock investiert – der drittniedrigste Wert seit Datenbeginn 1970. Das ist sogar zu wenig,

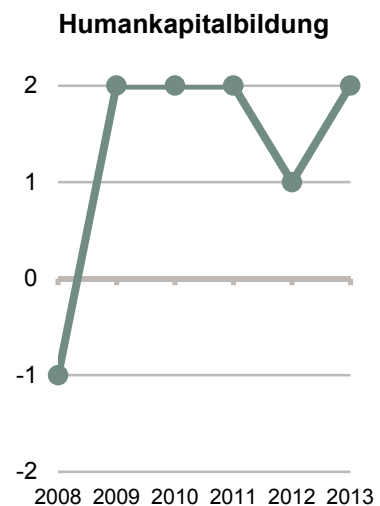


um der nach vielen Jahren der Investitionsschwäche ohnehin völlig anspruchlosen Benchmark zu genügen, die 2013 bei rekordniedrigen 2,9 % liegt (Score: -1).

Der Verfall der Investitionsquote ist erschreckend. Nicht nur die historischen Vergleichswerte, sondern auch internationale Standards verfehlt Deutschland deutlich. So betrug die durchschnittliche Nettoinvestitionsquote der anderen G7-Länder von 2000 bis vor Krisenausbruch 2008 rund 6 %. Deutlich mehr Investitionen dürften jedenfalls erforderlich sein, wenn Deutschland mittel- und langfristig seinen Wohlstand nicht aufs Spiel setzen will. Investitionsanlässe gibt es genug: Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen bei wachsender globaler Konkurrenz durch die Schwellenländer, die Modernisierung der Infrastruktur, der altersgerechte Umbau sowie nicht zuletzt die Energiewende.

### Humankapitalbildung

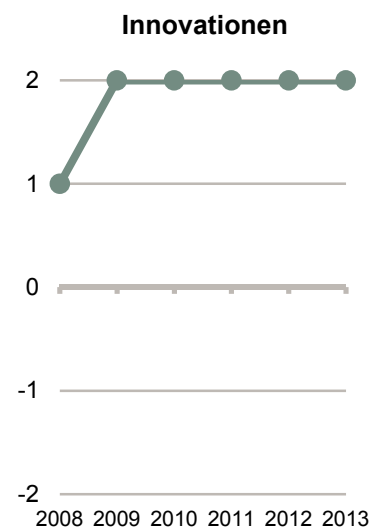
Wichtig für die Nachhaltigkeit sind nicht nur die Investitionen in den Sachkapitalstock, sondern ebenso – gerade in einem rohstoffarmen und alternden Land wie Deutschland – die „weichen“ Investitionen in Humankapital. In der Abgrenzung der VGR wachsen die privaten Ausgaben für das Bildungswesen um 4,3 % gegenüber 2012 auf 15,1 Mrd. EUR, während die staatlichen Bildungsausgaben ebenfalls recht kräftig um 3,7 % auf 119,9 Mrd. EUR zulegen. Bezogen auf das nominale BIP 2013 (2.737,6 Mrd. EUR; +2,7 % ggü. 2012) steigen die privaten und staatlichen Bildungsausgaben zusammen auf 4,93 % nach 4,88 % im Jahr davor. Die Scorebewertung verbessert sich infolgedessen um einen Zähler auf den Spitzenwert von +2.



Die in dem positiven Scoreergebnis zum Ausdruck kommenden anhaltenden finanziellen Anstrengungen im Bildungsbereich sind notwendig, um bei künftig stärker schrumpfender Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Produktivität zu erhöhen und damit das Wohlstandsniveau zu sichern, aber auch um im zunehmenden Wettbewerb mit den aufstrebenden Schwellenländern weiter bestehen zu können. Ein angemessenes Niveau der Bildungsausgaben ist aber nur *ein* Faktor bei der Schaffung eines qualitativ hochwertigen Humankapitalstocks. Entscheidend ist auch der effiziente Mitteleinsatz, um eine Verbesserung der Bildungsqualität in den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems zu erzielen. Bildungsinvestitionen in jungen Lebensjahren haben die höchsten Renditen, hier sollte der Staat demzufolge einen vergleichsweise hohen Finanzierungsanteil übernehmen. Auch Aus- und Weiterbildung in späteren Lebensphasen ist wichtig, liegt jedoch zunehmend in der Verantwortung der Bürger bzw. der Arbeitgeber.

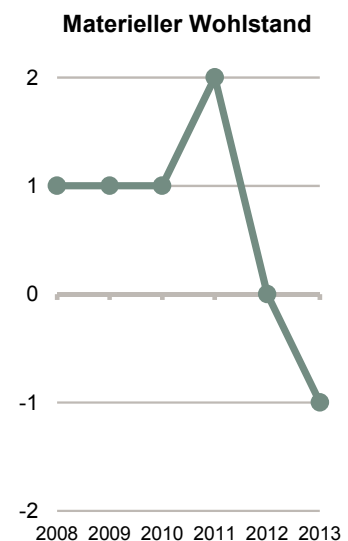
## Innovationen

Innovationen und technischer Fortschritt sind die einzige permanente Quelle langfristigen Wachstums. Sie verbessern den Ressourceneinsatz in einer Volkswirtschaft, beschleunigen den strukturellen Wandel und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit auf globalen Märkten. Mit einem Wert von 2,98 % des BIP (aktueller Datenrand 2012) legen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) nochmals gegenüber dem Vorjahr zu – genug für den fünften Maximalscore in Folge. Dahinter steht, dass die deutsche FuE-Quote im zurückliegenden Jahrzehnt in zwei Schüben (2007–09 und 2010–12) deutlich angestiegen ist, während der Zehnjahresdurchschnitt (2,63 %) als Referenzgröße der Scorebewertung noch stark von den niedrigeren Werten geprägt wird. Die im Lissabon-Prozess festgelegte Zielmarke von 3 % wird aktuell nahezu erreicht. Da jedoch in den meisten OECD-Ländern ambitionierte FuE-Ziele verfolgt werden, reicht dies nicht aus, um gegenüber dem Ausland verlorengegangenes Terrain wieder gut zu machen. Verstärkte FuE-Anstrengungen sind vor allem in den besonders wachstumsstarken Feldern der Spitzentechnologie (z. B. Pharma, Datenverarbeitungstechnik, elektronische und optische Erzeugnisse) notwendig. Derzeit fließen lediglich 28 % der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft in diese Branchen (gegenüber 42 % im OECD-Durchschnitt). Stattdessen konzentrieren sich die FuE-Anstrengungen der deutschen Wirtschaft auf die Wirtschaftszweige der hochwertigen Technik, insbesondere auf den Automobilsektor, den Maschinenbau und die Chemieindustrie. Darüber hinaus betreiben immer weniger mittelständische Unternehmen eigene Forschung und Entwicklung. Der Rückzug aus eigener FuE-Tätigkeit führt zum Verlust von wichtigem technologischem Knowhow. Dies schwächt die zukünftige Innovationsfähigkeit der betreffenden Unternehmen und die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands insgesamt.



## Materieller Wohlstand

Die nachhaltige Wohlstandsmehrung steht im Zentrum aller wirtschaftlichen Betätigung, wobei der Verbrauch der letzte Zweck ökonomischen Handels ist. Der preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Konsum pro Einwohner wächst 2013 im Zuge der flauen Konjunktur nur um 0,6 % und damit spürbar geringer als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (0,9 %). Erstmals seit langem verfehlt der Indikator für den materiellen Wohlstand damit das Anspruchsniveau (Score -1).

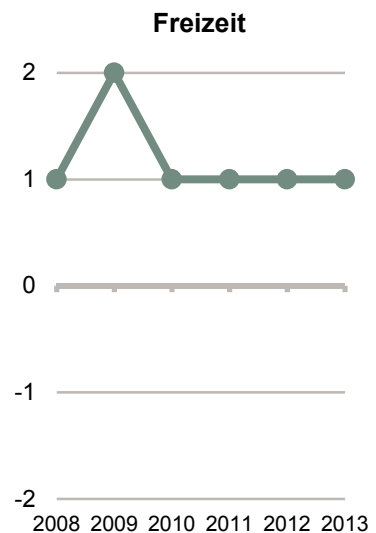


Vor allem die realen Pro-Kopf-Konsumausgaben des Staates kommen angesichts eines Plus von 0,2 % kaum über Stagnation hinaus (2012: 0,8 %). Die privaten Konsumausgaben zeigen sich 2013 mit 0,7 % zwar ebenfalls verhalten, können aber zumindest die Dynamik des Vorjahres gut bestätigen (2012: 0,6 %). Mit dem konjunkturellen Rückenwind des laufenden Jahres 2014 dürfte sich die Schwäche beim materiellen Wohlstand als vorübergehender Ausrutscher erweisen.

### Freizeit

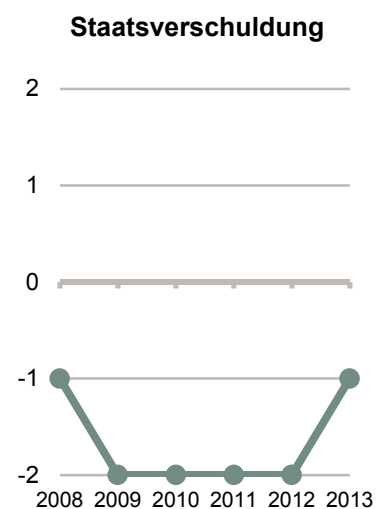
Das Interesse an einer möglichst hohen materiellen Güterversorgung steht im Zielkonflikt mit einem anderen, immateriellen Gut, dem die Menschen wegen seiner erheblichen Auswirkungen auf die Lebensqualität ebenfalls einen großen Wert beimessen: nämlich der für Nichtmarktaktivitäten zur Verfügung stehenden Freizeit und Muße.

Die Freizeit, die hier an der Jahresstundenzahl abzüglich der gesamtwirtschaftlich geleisteten Jahresarbeitsstunden je Erwerbstätigem gemessen wird, erhöht sich 2013 mit 7.373 Stunden minimal um 2 Stunden gegenüber dem Vorjahr. Die Benchmark, die 2013 bei 7.346 Stunden liegt, wird signifikant übertroffen. Das reicht erneut für einen Positivscore von 1; wie meistens in den zurückliegenden Jahren, sieht man einmal vom Rezessionsjahr 2009 ab, als der Indikator durch die Ausweitung der Kurzarbeit massiv beeinflusst war.



### Staatsverschuldung

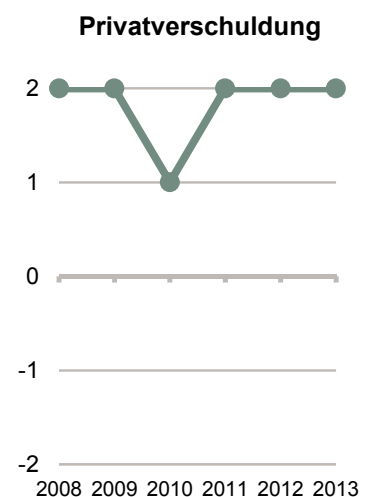
Eine langfristig tragbare Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte ist ein zentrales Ziel der EU, denn sie ist nicht nur für eine prosperierende Wirtschaft, sondern letztlich für den Fortbestand der demokratischen Ordnung zentral. Eine nachhaltige Staatsverschuldung ist dadurch gekennzeichnet, dass die auf das BIP bezogenen Bruttostaatsschulden langfristig mindestens stabil bleiben. Die Bruttostaatsschuldenquote fällt 2013 um 2,6 Prozentpunkte auf 78,4 % des BIP. Sowohl der Maastricht-Referenzwert von 60 % als auch der Durchschnitt der zehn Jahre davor (71,1 %) werden zwar weiterhin verfehlt, aber nicht mehr so deutlich wie in den Jahren zuvor. Die Nachhaltigkeitsbewertung verbessert sich deshalb um einen Zähler auf -1.



Mittelfristig ist eine weitere Verbesserung des Score-Ergebnisses in Sicht: Das Bundesministerium für Finanzen erwartet im aktuellen Stabilitätsprogramm, dass die Staatsschuldenquote bis 2018 auf 65 % fällt. Dies wäre nicht nur gemessen an internationalen Standards recht niedrig. Die Referenzwerte für das Staatsdefizit aus den nationalen und europäischen Haushaltsregeln – Schuldenbremse und verschärfter Stabilitäts- und Wachstumspakt – würden zugleich mit einigem Abstand übererfüllt. Insofern darf man die deutschen Staatsfinanzen trotz der langjährig negativen Scoreergebnisse grundsätzlich als gut bezeichnen, wenngleich einschränkend eingeräumt werden muss, dass die Konsolidierungserfolge zum Teil auf Kosten der öffentlichen Investitionen gehen. Mit nur rund 1,5 % des BIP ist die öffentliche Investitionsquote nicht nur niedriger als in vergleichbaren Ländern, sondern auch – bereits seit 2003 – niedriger als die Abschreibungen auf den öffentlichen Kapitalstock. Laut aktuellem Stabilitätsprogramm wird sich daran bis 2018 nichts Wesentliches ändern, es sieht bis Ende des Planungshorizonts eine Investitionsquote von 1,5 % vor. Die geringe öffentliche Investitionstätigkeit riskiert mittelfristig zu einem Wachstumshemmnis zu werden, wenn nicht bald gegengesteuert wird. Spielraum hierfür ist vorhanden, denn der Abstand zwischen den bis 2018 geplanten staatlichen Finanzierungssalden und den regelkonformen Defiziten beläuft sich auf rund 1 % des BIP pro Jahr. Dieser Spielraum könnte und sollte – auch angesichts des sehr niedrigen Zinsniveaus – wenigstens zum Teil für mehr Investitionen genutzt werden. Dies gilt besonders, weil die letztlich entscheidende Tragbarkeit der Zinslast bislang überhaupt nicht gelitten hat. Im Gegenteil: Aufgrund des hohen Vertrauens in die deutsche Bonität und des sehr niedrigen Zinsniveaus fällt die Zinsbelastung 2013 mit 4,6 % der Staatseinnahmen das fünfte Jahr in Folge auf ein neues gesamtdeutsches Tief. Gleichzeitig geht die Staatsverschuldung mit einer sehr hohen Ersparnis der privaten Haushalte und der (nichtfinanziellen) Unternehmen einher (2013: 8,7 % des BIP), die nach sicherer Anlage sucht. Die private Ersparnis ist 1999–2013 um 3 Prozentpunkte des BIP beziehungsweise 125 Mrd. EUR gestiegen.

### Privatverschuldung

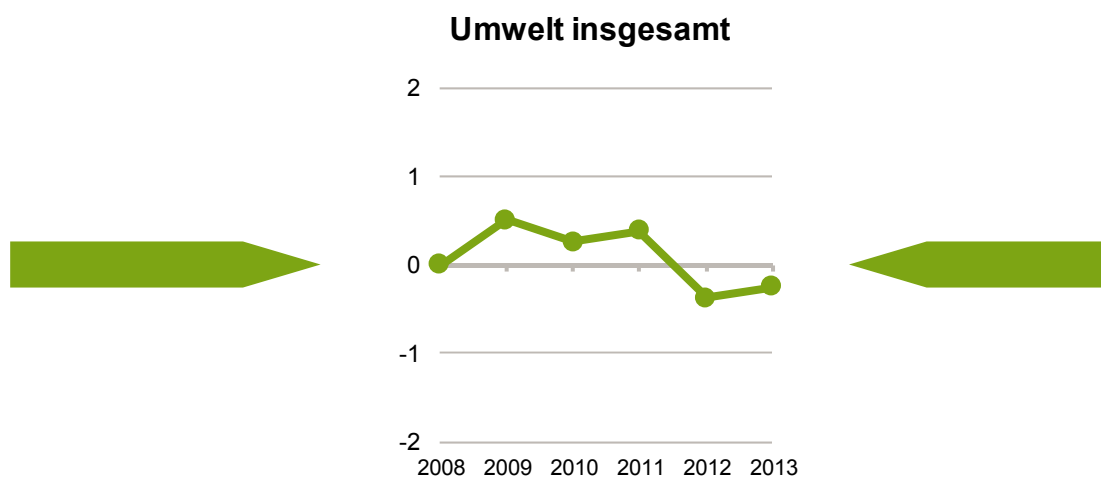
Die Privatverschuldung gibt auch 2013 unter dem Nachhaltigkeitsaspekt keinen Anlass zu Besorgnis. So summieren sich die konsolidierten Schulden der Privaten Haushalte, Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und der nichtfinanziellen Unternehmen am aktuellen Datenrand (2012) auf knapp 107 % des BIP. Im Vorjahresvergleich ist dies ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte. Der Zehnjahresdurchschnitt (118 %) wird damit sehr deutlich unterboten, sodass das Bewertungsergebnis erneut den Maximalscore von 2 erreicht. Zugleich ist



dies der tiefste Wert dieser seit 1995 erhobenen Reihe. Doch nicht nur gemessen an der Historie ist die Privatschuldenquote zurzeit ziemlich niedrig. Auch innerhalb der EU steht Deutschland gut da. In den anderen 27 EU-Ländern liegt die Privatverschuldung im Schnitt bei 158 % der jeweiligen Wirtschaftsleistung. Zudem hat sich das Nettovermögen der privaten nichtfinanziellen Sektoren in Deutschland am aktuellen Datenrand (2012) weiter kräftig erhöht: Gegenüber dem Vorjahr wächst es ausweislich der Vermögensbilanzen der Deutschen Bundesbank um rund 19 Prozentpunkte des BIP (Private Haushalte: +11 Prozentpunkte; Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften: +8 Prozentpunkte).

### 3. Nachhaltigkeitsdimension Umwelt

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Klimaschutz</b>						
Treibhausgasemissionen	-1	2	-2	1	-1	-1
<b>Erneuerbare Energien</b>						
Anteil Erneuerbare Energien am Endenergieverbrauch	-2	1	-1	1	0	-2
<b>Energienutzung</b>						
Energieproduktivität	-1	-1	-1	2	-1	-2
<b>Rohstoffnutzung</b>						
Rohstoffproduktivität	2	0	1	-1	-2	2
<b>Flächennutzung</b>						
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	2	2	2	2	2	2
<b>Luftschadstoffemissionen</b>						
Emission ausgewählter Luftschadstoffe	-1	-1	2	-2	-1	-1
<b>Lärm</b>						
Lärmbelästigung durch Straßenverkehr	2	2	2	2	2	2
<b>Artenvielfalt</b>						
Index Artenvielfalt und Landschaftsqualität	-1	-1	-1	-2	-2	-2
<b>Umwelt insgesamt</b>	<b>0,0</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,3</b>



Quelle: KfW Bankengruppe

Die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt bleibt im Jahr 2013 im zweiten Jahr in Folge unterdurchschnittlich. Nachdem sie im Jahr 2012 mit einem Scorewert von -0,4 auf historischem Tiefpunkt lag, verbesserte sich ihr Score 2013, bleibt aber mit -0,3 weiter negativ.

## Klimaschutz

Auch im Jahr 2013 haben sich die Treibhausgasemissionen in Deutschland erneut erhöht. Gemäß den vorliegenden vorläufigen Daten des Umweltbundesamtes stieg der Gesamtausstoß aller klimarelevanten Treibhausgase in Deutschland im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 %. Damit liegt die Veränderungsrate der Treibhausgasemissionen deutlich über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-0,9 %), weshalb das Ergebnis mit dem Score von -1 bewertet werden muss.

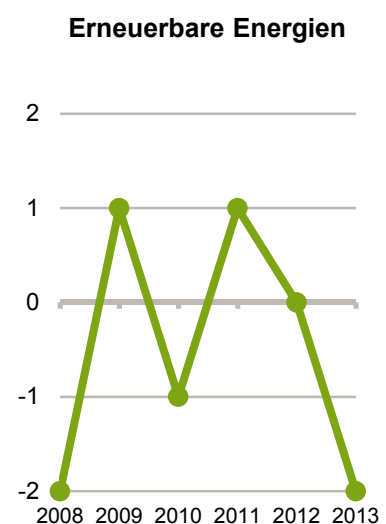
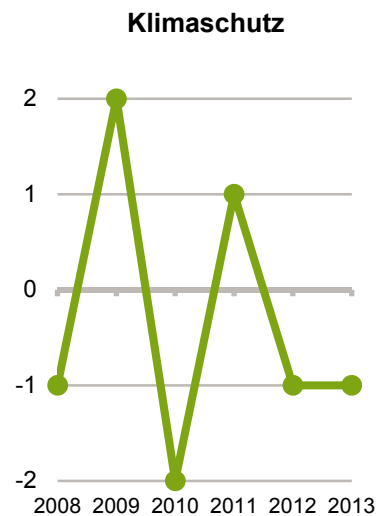
Zurückzuführen ist der weitere Anstieg der Treibhausgasemissionen im Jahr 2013 auf die steigende Verstromung von relativ preisgünstiger Braun- und Steinkohle, den weiterhin zu geringen Preisen für Zertifikate im EU-Emissionshandel sowie der ungünstigen Witterungsverhältnisse im ersten Quartal. Mit 951 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent wurden 11 Mio. Tonnen mehr als im Vorjahr freigesetzt.

Insgesamt sind die jährlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland zwischen 1990 und 2013 nach den vorläufigen Daten um 23,8 % zurückgegangen. Um das von der Bundesregierung festgelegte Klimaziel – Minderung der jährlichen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 – erreichen zu können, müsste die jährliche Emissionsminderung bis 2020 bei 2,8 % pro Jahr liegen. Aktuelle Projektionen gehen hingegen davon aus, dass durch die bisher beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen nur eine Minderung von 33 % erreicht werden kann. Im Rahmen des „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sollen und müssen daher weitere Maßnahmen folgen, um das 40 %-Ziel bis 2020 zu erreichen.

## Erneuerbare Energien

Der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch (Strom, Wärme, Kraftstoffe) ist erstmals seit 2007 nicht weiter gestiegen und verbleibt trotz des weiteren Ausbaus der Stromkapazitäten aus Erneuerbaren bei 12,3 %. Die dynamische Entwicklung der letzten Jahre konnte damit 2013 nicht übererfüllt werden, sodass dieser Teilaspekt aufgrund der ambitionierten Benchmark mit dem Minimal score von -2 bewertet wurde.

Dabei stieg der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch weiter um knapp 2 Prozentpunkte und beträgt 2013





25,4 %. Die Wärmebereitstellung aus Erneuerbaren Energien ist ebenfalls absolut angestiegen, aufgrund des witterungsbedingt angestiegenen Gesamtwärmeverbrauchs sank der Anteil Erneuerbarer Energien jedoch um 0,3 Prozentpunkte auf 9 %. Der EE-Anteil bei den Kraftstoffen bleibt mit 5,3 % weiterhin sehr gering und ist sowohl relativ (-0,6 Prozentpunkte) als auch absolut (-4 Mrd. kWh) gegenüber 2012 gesunken.

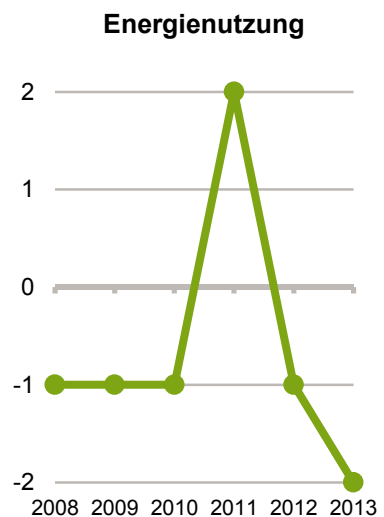
Die Diskussion um die gestiegenen EEG-Förderkosten und das lange Ringen um die Reform des EEG haben eine deutliche Investitionszurückhaltung zur Folge gehabt. Die Gesamtinvestitionen in Erneuerbare Energien sanken 2013 weiter um knapp 20 Prozent auf inzwischen 16,3 Mrd. EUR. Der Photovoltaik-Ausbau wurde durch die starke Absenkung der Vergütungssätze deutlich gebremst, sodass sich die Investitionen vermehrt auf die Errichtung von Windenergieanlagen (43 %) fokussieren. In der nun folgenden Ausbauphase bis zum Jahr 2020 sollten die Erneuerbaren Energien stromseitig besser mit dem Netzausbau synchronisiert werden. Um die Ziele bis 2050 (60 %) zu erreichen, muss dann an die bisherigen Fortschritte angeknüpft werden.

### Energienutzung

Das Schlüsselthema Energienutzung mit dem Basisindikator Energieproduktivität – als Indikator für den effizienten Umgang mit Energie – hat sich im Jahr 2013 in der Gesamtschau weiter negativ entwickelt. Gegenüber dem Vorjahr sank der Score noch weiter auf einen Tiefstwert von -2. Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland (ausgedrückt das Verhältnis des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme von Primärenergie) hat sich im Jahr 2013 um 2 % gegenüber dem Vorjahr verschlechtert und liegt damit um 4 Prozentpunkte unter der historischen Benchmark (+1,9 %).

Der Energieverbrauch ist dabei deutlich stärker gestiegen (+2,5 %) als das reale BIP (+0,4 %). Nach der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen ist der Primärenergieverbrauch um 338 PJ auf insgesamt 13.908 PJ angestiegen. Angesichts der eher schwachen konjunkturellen Entwicklung war hierfür die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung ausschlaggebend. Temperaturbereinigt hätte sich eine Verbrauchssteigerung von 0,8 % ergeben.

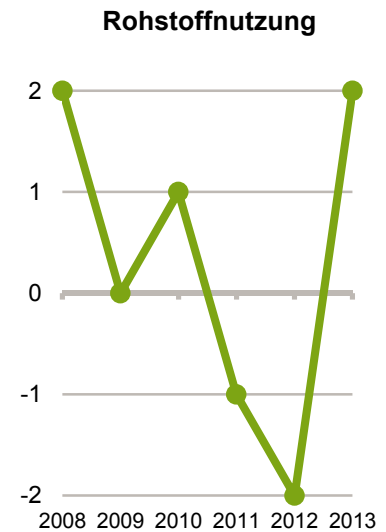
Insgesamt konnte die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland zwischen 1990 und 2013 um 45 % erhöht werden. Zur Erreichung des Zielwertes der Bundesregierung – Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 – wäre im verbleibenden Zeitraum eine jährliche Steigerung der Energieproduktivität von durchschnittlich 4,6 % erforderlich. Die durchschnittliche Erhöhung mit 1,5 % pro Jahr der vergangenen zehn Jahre müsste demnach verdreifacht werden. Es bleiben weiterhin erhebliche Anstrengungen zur



Verbesserung der Energieeffizienz erforderlich, insbesondere falls sich der EE-Ausbau in den nächsten Jahren aufgrund des fehlenden Netzausbaus verlangsamen sollte.

### Rohstoffnutzung

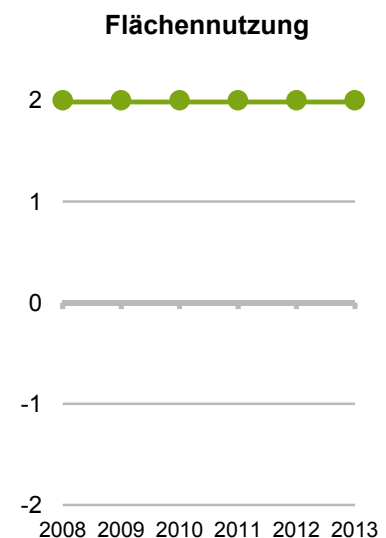
Der Score für das Schlüsselthema Rohstoffnutzung, welches durch die Rohstoffproduktivität – ein Indikator für den effizienten Umgang mit Rohstoffen – abgebildet wird, hat sich gegenüber dem Vorjahr stark verbessert und die vergangenheitsorientierte Benchmark deutlich überschritten. Die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität (ausgedrückt als Verhältnis des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme von nicht erneuerbarem Primärmaterial) stieg gegenüber dem Vorjahr um fast 4 %. Gemessen an der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre (+1,2 %) erreicht der Basisindikator damit den Maximalscore von 2.



Insgesamt ist die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland im Zeitraum von 1994 bis 2012 (aktueller Datenrand) um 49 % angestiegen. Diese Entwicklung ist vor allem auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen zurückzuführen. Um die in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fixierte Zielvorgabe einer Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu erreichen, müssen die Anstrengungen weiter gesteigert werden. In den vorangegangenen zehn Jahren ist die Rohstoffproduktivität im Durchschnitt um 1,5 % pro Jahr angestiegen, während zur Erreichung des Ziels bis 2020 eine durchschnittliche Verbesserung von inzwischen 3,7 % pro Jahr erforderlich wäre.

### Flächennutzung

Eine nachhaltige Flächennutzung zielt sowohl auf eine Verringerung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme als auch auf eine Aufwertung von Flächen in ökologischer Hinsicht ab. Die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlung und Verkehr in Deutschland sinkt um weitere 7 ha auf durchschnittlich 74 ha pro Tag. Relativ zum Zehnjahresdurchschnitt bewertet (106 ha pro Tag), erzielt dieser Basisindikator wie schon in den Vorjahren den Maximalscore von 2. Die Neuinanspruchnahme muss jedoch in den nächsten sieben Jahren weiterhin um durchschnittlich 6 ha pro Tag reduziert werden, um bis zum Jahr 2020 den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30 ha pro Tag zu begrenzen.



### Luftschadstoffemissionen

Fortschritte bei der Luftqualität werden anhand der Emissionsentwicklung bei den klassischen Luftschadstoffen Schwefeldioxid, Stickstoffoxid, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen, Kohlenmonoxid und Feinstaub gemessen. Im Jahr 2012 (aktueller Datenrand) konnten die Emissionen weiter reduziert werden. Sie sanken gegenüber 2011 um 1,4 %, dieser Rückgang lag jedoch noch immer über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-2,4 %), sodass ein Scoreergebnis von -1 erzielt wird.

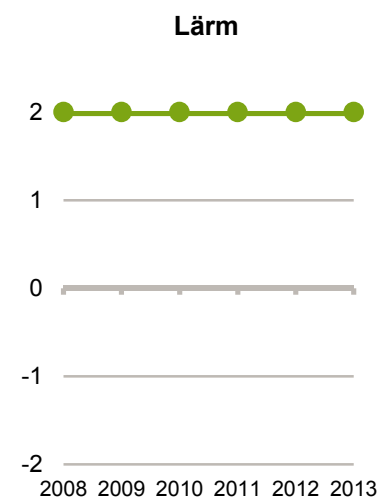
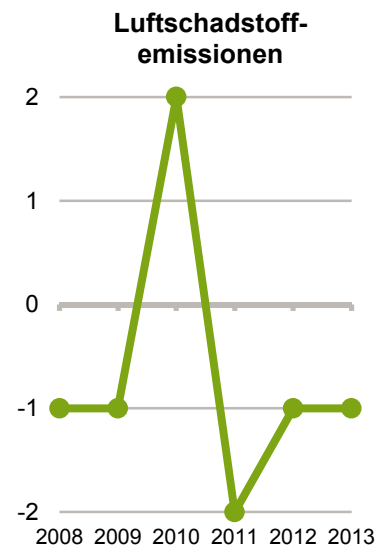
Erfreulicherweise sind erste Erfolge im Bereich der überwiegend landwirtschaftlich verursachten Ammoniakemissionen (NH<sub>3</sub>, -3,2 %) festzustellen, mit 90 % des Wertes von 1995 liegen sie jedoch weiterhin auf einem zu hohen Niveau.

Insgesamt konnte zwischen 1995 und 2012 ein gemittelter Rückgang der betrachteten Schadstoffemissionen um 42 % erreicht werden, wobei in den letzten Jahren die Minderungserfolge deutlich geringer wurden. Großer Handlungsbedarf für die weitere Reduzierung der Luftschadstoffbelastung besteht insbesondere für versauernde und eutrophierende Luftverunreinigungen – hier vor allem durch Stickstoffoxid- und Ammoniakemissionen – sowie für die gesundheitsgefährdenden Feinstaubemissionen.

### Lärm

Das Schlüsselthema Lärm wird durch den Anteil der Bevölkerung, der bei einer Befragung des Umweltbundesamtes angibt, von Straßenlärm belästigt zu werden, abgebildet. Im Jahr 2013 sank der Anteil dabei weiter leicht um 0,5 Prozentpunkte auf 53,5 %. Gemessen an der Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre liegt der Anteil deutlich unter dem Durchschnitt (58,8 %), sodass dieser Basisindikator weiter den Maximalscore von 2 erreicht.

Neben der Belastung durch den Straßenverkehr nimmt die Problematik beim Luftverkehr an einzelnen Standorten und bei Güterverkehrskorridoren deutlich zu. Mit der Umgebungslärmrichtlinie der EU trat 2002 ein Instrument für eine europaweit einheitliche Lärmbekämpfung in Kraft, das die Lärmmin-

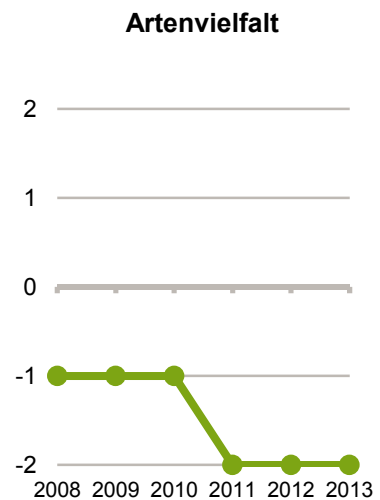


derungsplanung in Deutschland neu gestaltet hat. Erste Maßnahmen zur Lärmreduzierungen

zeigen nun schon in die richtige Richtung und führen hoffentlich in den nächsten Jahren zu deutlichen Reduzierungen in der Lärmbelästigung.

### Artenvielfalt

Der Basisindikator für die Artenvielfalt beruht auf der Bestandsentwicklung von insgesamt 51 ausgewählten Vogelarten, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen sowie Landnutzungen in Deutschland repräsentieren. Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde für diese Vogelarten ein auf 100 % normierter Bestandszielwert für das Jahr 2015 festgelegt. Im Jahr 2011 (aktueller Datenrand) liegt der entsprechende Gesamtindikator bei 63,4 % des Zielwerts für 2015 und blieb folglich deutlich unterdurchschnittlich – gemessen am Zehnjahresdurchschnitt (70,1 %) – mit dem Minimalscore von -2.

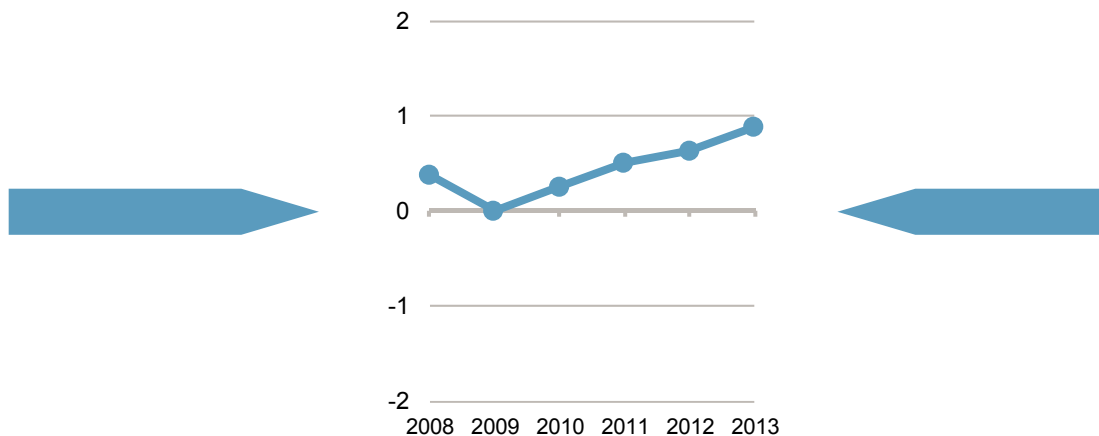


Es sind nach wie vor große zusätzliche Bemühungen zur Sicherung und Förderung von Natur und Landschaft und der biologischen Vielfalt notwendig. Eine Zielerreichung im Jahr 2015 ist inzwischen nicht mehr als realistisch anzusehen. Die neuen Leitplanken zur EU-Agrarpolitik für 2014 bis 2020 bieten erste Möglichkeiten, natur- und umweltfördernde Landwirtschaft zu unterstützen und die Artenvielfalt auch nach 2015 zu erhöhen.

#### 4. Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre						
	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Bildung</b>						
Niedrigqualifiziertenquote	1	2	2	0	2	1
<b>Wirtschaftliche Teilhabe</b>						
Langzeitarbeitslosenquote	2	2	2	2	2	2
<b>Politische Teilhabe</b>						
Interesse für Politik	0	-1	-2	0	1	1
<b>Gesundheit</b>						
Krankheitsfälle im Krankenhaus	-1	-1	-1	-1	-1	-1
<b>Sicherheit</b>						
Gewaltverbrechen und Einbruchdiebstahl	1	-1	-1	-1	-2	1
<b>Gleichberechtigung</b>						
Verdienstrückstand von Frauen	-1	-1	1	1	1	1
<b>Integration</b>						
Differenz Arbeitslosenquoten Ausländer / Gesamt	-1	-1	-1	1	1	1
<b>Internationale Verantwortung</b>						
Öff. Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	2	1	2	2	1	1
<b>Gesellschaftl. Zusammenhalt insg.</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>	<b>0,9</b>

#### Gesellschaftlicher Zusammenhalt insgesamt

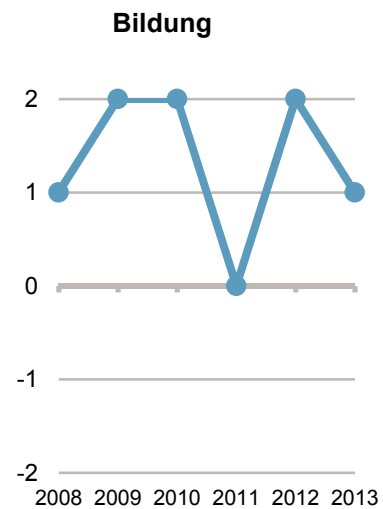


Quelle: KfW Bankengruppe

Bei der Nachhaltigkeitsdimension „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ setzte sich der seit einigen Jahren erkennbare positive Trend im Jahr 2013 weiter fort. Die durchschnittliche Performance übertraf die der vorangegangenen zehn Jahre mit 0,9 deutlich. Wie schon in den Vorjahren ist die Entwicklung maßgeblich auf die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, die zu einer verbesserten wirtschaftlichen Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen führte.

## Bildung

Die Nachhaltigkeitsentwicklung beim Schlüsselthema Bildung wird durch den Anteil der Niedrigqualifizierten (ohne mindestens einen beruflichen Bildungsabschluss) an der Gruppe der 25- bis 30-Jährigen gemessen. Im Jahr 2012 (aktueller Datenrand) liegt dieser Indikator mit 23,8 % um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert und damit unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (25,1 %), sodass er mit einem Score von 1 bewertet wird.

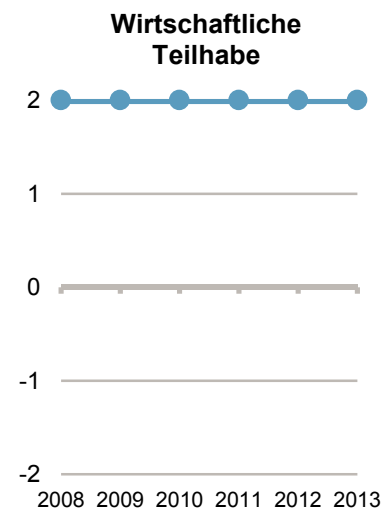


Im Rahmen der nationalen Europa 2020-Strategie hat Deutschland sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der frühen Schulabgänger – definiert als Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die maximal einen Haupt- oder Realschulabschluss erreicht haben – bis zum Jahr 2020 auf 10 % zu reduzieren. Im Jahr 2013 dürfte laut Schätzungen von Eurostat diese Zielmarke erstmals unterschritten werden. Im Bereich der Hochqualifizierten wurde die Europa 2020-Zielmarke für die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen auf 40 % im Jahr 2020 gesetzt. Deutschland liegt mit 31,9 % im Jahr 2012 (aktuellste verfügbare Daten) noch deutlich vom Zielwert entfernt. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings die Sonderrolle der beruflichen Ausbildung in Deutschland, weswegen Deutschland bei der *nationalen* Europa 2020-Zielmarke auch postsekundäre, nicht tertiäre Abschlüsse einbezieht. Die nationale Zielmarke für 2020 von 42 % wurde 2012 mit 43,4 % erreicht. Auch die hohen Studienanfänger- und Studierendenzahlen der letzten Jahre deuten auf einen weiteren Zuwachs des Anteils der Hochqualifizierten in den nächsten Jahren hin.

Somit ist der Ausbildungsstand in Deutschland so gut wie nie zuvor. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten muss in den folgenden Jahren nochmals besonderes Augenmerk auf die Niedrigqualifizierten gelegt werden. Zudem muss unbedingt die Bildungsqualität im Blick behalten werden.

### Wirtschaftliche Teilhabe

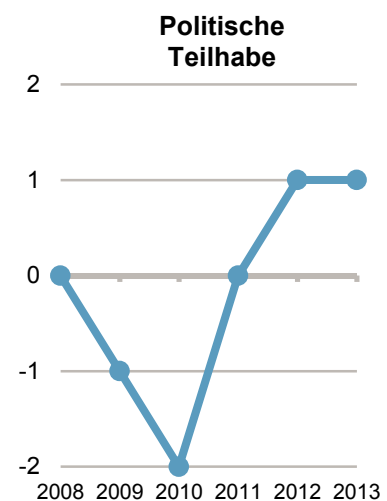
Beim Schlüsselthema wirtschaftliche Teilhabe zeichnet sich wiederum eine erfreuliche Entwicklung ab. 2013 erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt erneut als sehr robust,<sup>1</sup> was sich auch in der hier als Indikator für wirtschaftliche Teilhabe herangezogenen Langzeitarbeitslosenquote zeigt: Diese stieg zwar im Jahr 2013 leicht von 2,4 auf 2,5 %, liegt damit aber immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (3,4 %). Auch 2013 wird damit die vergangenheitsorientierte Benchmark erheblich übertroffen und der Maximalscore von 2 erreicht.



Das im Rahmen der nationalen Europa 2020-Strategie gesetzte Ziel Deutschlands – die Zahl der Langzeiterwerbslosen im Alter von 15 bis 74 Jahren um 20 % (oder um absolut 330.000 Personen) gegenüber 2008 zu reduzieren – wurde bereits 2011 erfüllt, 2013 liegt die Anzahl der Langzeitarbeitslosen nochmals um 3,6 % unter dem Vorjahreswert.

### Politische Teilhabe

Als Indikator für Politische Teilhabe wird das subjektiv eingeschätzte Interesse für Politik herangezogen, das auf Befragungsdaten aus dem sozioökonomischen Panel des DIW basiert. Das individuell eingeschätzte Interesse für Politik entwickelt sich in den letzten Jahren positiv und übertrifft den Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre deutlich.



Dieses Ergebnis wird bestätigt durch den leichten Anstieg der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 (71,5 % verglichen mit 70,8 % im Jahr 2009) und durch den deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 (48,1 % gegenüber 43,3 % 2009). Auch eine Studie des IfD Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung<sup>2</sup> findet für das Jahr 2013 ein leicht gestiegenes Interesse für Politik: Im Jahr 2013 beantworteten 53 % – und damit 10 % mehr als 2009 – die Frage „Interessieren Sie sich für Politik?“ mit „Ja.“. Bedenklich stimmt allerdings,

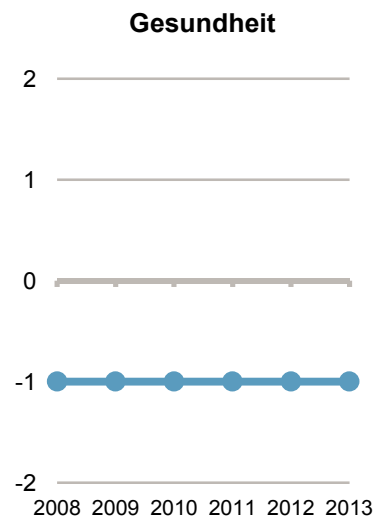
<sup>1</sup> Vgl. dazu auch das Schlüsselthema „Erwerbsbeteiligung“, S. 7f.

<sup>2</sup> Petersen et al. (2013). Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann.

dass laut Studie die politische Partizipation von Einkommensschwachen und Bildungsfernen immer weiter abnimmt. Für die kommenden Jahrzehnte wird mit einem insgesamt sinkenden Politikinteresse gerechnet.

### Gesundheit

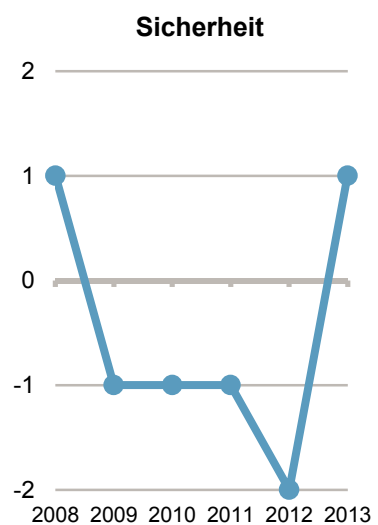
Für das Schlüsselthema Gesundheit wird als Indikator die Häufigkeit der im Krankenhaus behandelten und diagnostizierten Krebs- und Herz-Kreislaufkrankungen sowie psychischen und Verhaltensstörungen herangezogen. Seit 2006 ist für dieses Schlüsselthema eine konstante Verschlechterung zu verzeichnen – der Scorewert verharrt auf -1. Merklich gestiegen sind die psychischen und Verhaltensstörungen (+2,3 % gegenüber dem Vorjahreswert) sowie Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems (+2,2 %). Die Krebserkrankungen nahmen hingegen geringfügig ab (-0,7 % ggü. dem Vorjahreswert).



Die Gesundheitsindikatoren, für die sich die Bundesregierung im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie konkrete Politikziele bis 2015 gesetzt hat, zeichnen ein ähnliches Bild: Der dort angestrebte Rückgang der vorzeitigen Sterblichkeit sowie der Raucherquoten und des Anteils der Menschen mit Adipositas wird bis 2015 nur erreicht werden, wenn erhebliche zusätzliche Anstrengungen erfolgen. Aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und der damit einhergehenden Häufung vieler Krankheitsbilder in den kommenden Jahren sollte das Schlüsselthema Gesundheit im Zentrum der Politikbemühungen für eine nachhaltige Entwicklung stehen.

### Sicherheit

Als Indikator für das Schlüsselthema „Sicherheit“ wird die Häufigkeit der in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Wohnungseinbruchsdiebstähle und Gewaltverbrechen herangezogen. 2013 zeigt sich bei diesem Basisindikator eine deutliche Verbesserung um ganze drei Zähler (Score: 1) gegenüber 2012. Damit scheint der zwischen 2008 und 2012 beobachtete leichte Negativtrend gestoppt. Einerseits ist zwar die Gewaltkriminalität deutlich zurückgegangen (-5,5 % ggü. 2012), andererseits hat aber die Häufigkeit von Wohnungseinbruchsdiebstählen weiter zugenommen (+3,5 % ggü. 2012), wengleich der Anstieg hier weniger stark ausfällt



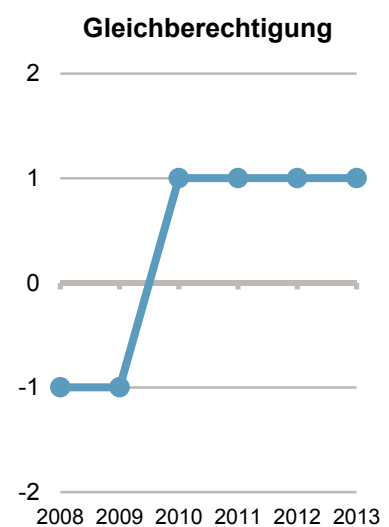


als in den Vorjahren. Trotz der erfreulichen Entwicklung unseres Indikators besteht insbesondere im Bereich Wohnungseinbrüche noch Handlungsbedarf.

Insgesamt ging die Anzahl aller in der PKS erfassten Straftaten – ein umfassenderes Maß für Sicherheit – 2013 geringfügig um 0,6 % gegenüber 2012 zurück. Damit setzte sich ein schwacher allgemeiner Trend zur Abnahme von Straftaten weiter fort. Die Anzahl aller erfassten Straftaten pro 100.000 Einwohner beträgt im Jahr 2013 7.404. Um das in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland verankerte Ziel von weniger als 7.000 Straftaten pro 100.000 Einwohner bis zum Jahr 2020 zu erreichen, müssen jedoch weitere Anstrengungen unternommen werden.

### Gleichberechtigung

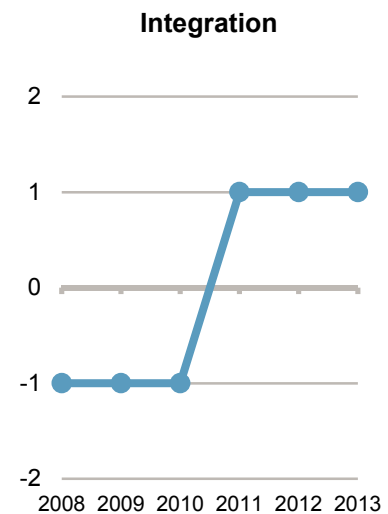
Der Verdienstrückstand von Frauen gegenüber Männern (sog. unbereinigter Gender Pay Gap) als Indikator für die Gleichberechtigung in Deutschland liegt seit dem Jahr 2010 bei 22 %. Aufgrund der vergangenheitsorientierten Benchmark wird die Entwicklung dennoch 2013 mit einem Scorewert von 1 positiv bewertet. In den ostdeutschen Bundesländern liegt der unbereinigte Gender Pay Gap 2013 wie in den Vorjahren bei 8 %, in den westdeutschen Bundesländern konnte mit 23 % immerhin eine leichte Verbesserung von einem Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr erzielt werden. Selbst bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit verdienen Frauen pro Stunde durchschnittlich 7 % weniger als Männer (sog. bereinigter Gender Pay Gap).



Bedenklich stimmt, dass sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern seit 1995 kaum verringert haben. Von dem in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten Ziel eines 10 %-Unterschieds im Bruttostundenverdienst zwischen Frauen und Männern im Jahr 2020 ist die Bundesrepublik noch weit entfernt. Dieses Ziel wird nur dann erreicht werden, wenn sich die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den kommenden Jahren erheblich verbessern.

## Integration

Die gute Arbeitsmarktlage äußerte sich 2013 auch in einer guten Integration von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Der Nachhaltigkeitsscore im Bereich „Integration“ – gemessen als Differenz zwischen der Arbeitslosenrate der Ausländer und der Arbeitslosenrate der Gesamtbevölkerung – verbleibt wie bereits in den Jahren 2011 und 2012 auf einem Scorewert von +1. Während sich die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen) insgesamt geringfügig von 7,6 % im Jahr 2012 auf 7,7 % im Jahr 2013 erhöhte, stieg die Arbeitslosenquote unter den ausländischen Staatsangehörigen von 16,5 % im Vorjahr auf 16,7 %.



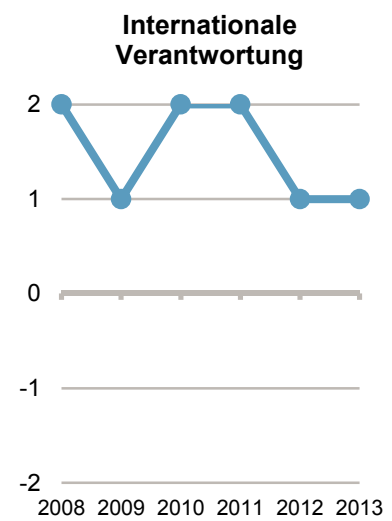
Ausländische Personen sind somit immer noch doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie beinhaltet das Ziel, den Anteil der ausländischen Schulabsolventen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, zu erhöhen und bis zum Jahr 2020 an die entsprechende Quote für die deutschen Jugendlichen anzugleichen. Ebenso wie bei den deutschen Schulabsolventen war hier zwar in den letzten Jahren ein schwach positiver Trend zu beobachten. Unter den ausländischen Schulabsolventen liegt der Anteil der Personen die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichten mit 88,6 % zwar erfreulicherweise um 0,4 Prozentpunkte höher als im Vorjahr, jedoch noch deutlich unter dem entsprechenden Anteil der deutschen Schulabsolventen (95,1 %; beides Datenstand 2012). Des Weiteren erzielten nicht nur Jugendliche mit ausländischer Staatsbürgerschaft, sondern auch die deutlich größere Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund – zu denen auch Migranten zählen, die in zweiter Generation hier leben – im deutschen Schulsystem schlechtere Bildungsergebnisse. Die demografische Entwicklung in Deutschland erfordert eine erhöhte Erwerbsbeteiligung und verbesserte Integration von ausländischen Mitbürgern und Personen mit Migrationshintergrund.<sup>3</sup> Hier sind zwar positive Trends erkennbar, die aber noch erheblich ausgebaut werden müssen.

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch das Schlüsselthema „Erwerbsbeteiligung“, S. 7f.

### Internationale Verantwortung

Der Indikator für das Thema internationale Verantwortung hat sich leicht verbessert: Der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen Deutschlands (ODA Quote) stieg von 0,37 % 2012 auf 0,38 % im Jahr 2013. Der Anteil übertraf damit den Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre und erzielt einen Scorewert von +1. Deutschland bekennt sich weiterhin zu seiner internationalen Verantwortung auch auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings ist daran zu erinnern, dass sich Deutschland 2005 zu einer Steigerung der ODA Quote bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % verpflichtet hatte.



## **5. Zur Seele des KfW-Nachhaltigkeitsindikators: die Methodik**

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 ist eine nachhaltige Entwicklung das global geltende politische Leitbild des 21. Jahrhunderts. Deutschland gehört zu den über 170 Unterzeichnerstaaten der UN-Erklärung zu Umwelt und Entwicklung. Die KfW Bankengruppe als Förderbank des Bundes und der Länder unterstützt mit ihren Finanzierungen die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung im In- und Ausland und mit ihrem Research den Erkenntnisgewinn zu Nachhaltigkeitsfragen.

Das komplexe Leitbild der Nachhaltigkeit mit seinen drei Zieldimensionen einer ökologisch verträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich leistungsfähigen Entwicklung bedarf einerseits einer Vereinfachung. Denn dies stärkt den Stellenwert von Nachhaltigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein und fördert den Dialog um die Realisierung. Andererseits müssen auch seine Einzelelemente abgebildet werden, um auch der Tatsache gerecht zu werden, dass Erfolge in einer Zieldimension nicht den Handlungsdruck in anderen Zieldimensionen mindern, die weniger positive Entwicklungen aufweisen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wurde der KfW-Nachhaltigkeitsindikator entwickelt. 2007 erstmals veröffentlicht, gibt er jährlich Auskunft über den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

In die Konzeption des KfW-Nachhaltigkeitsindikators der KfW Bankengruppe fließen wissenschaftliche Erkenntnisse – auch ein gesondertes Gutachten – und Erfahrungen aus der Umsetzungspraxis ein. Für die drei Themenbereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden geeignete Schlüsselthemen identifiziert und mit passenden Basisindikatoren unterlegt, die die Entwicklung in diesen Bereichen quantifizieren. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitssituation im Zeitablauf wird anhand der Veränderungen der Basisindikatoren gemessen. Die für alle Basisindikatoren einheitliche Benchmark lautet, mindestens so gut zu sein wie im Durchschnitt der jüngeren Vergangenheit, wobei diese als gleitende Zehnjahresperiode vor dem jeweiligen Bezugsjahr definiert wird.

Die Verdichtung der Einzelinformationen bis hin zu einem Gesamtwert des KfW-Nachhaltigkeitsindikators erfolgt mittels eines Scoreverfahrens (Einsatz einer fünfwertigen Punkteskala mit -2 als Minimal- und +2 als Maximalergebnis; der mittlere Punktwert 0 steht dabei für das Referenzergebnis, also das Erreichen der durchschnittlichen Performance der vorangegangenen zehn Jahre). Zur Ermittlung der Schlüsselthemen- und Dimensionenscores bzw. des Gesamtscores werden grundsätzlich die Werte der Basisindikatoren bis zum jeweiligen Berichtsjahr herangezogen. Endet die Zeitreihe eines Basisindikators früher, wird der jeweils aktuellste verfügbare Wert hilfsweise herangezogen. Angesichts der Schwierigkeit der Festlegung einer objektiven Gewichtung werden in jedem Themenbereich gleich viele Schlüsselthemen und Basisindikatoren berücksichtigt.